

**Interpellation SP-GRÜNE-GLP-Fraktion:
«Umsetzung der Sexualstrafrechtsreform im Kanton St.Gallen**

Am 1. Juli 2024 tritt das totalrevidierte Sexualstrafrecht in Kraft. Neu liegt eine Vergewaltigung, ein sexueller Übergriff oder eine sexuelle Nötigung bereits dann vor, wenn das Opfer dem Täter zum Ausdruck bringt, dass es mit der sexuellen Handlung nicht einverstanden ist und dieser sich vorsätzlich über den geäusserten Willen des Opfers hinwegsetzt (sog. Ablehnungslösung). Ausserdem wird die Definition der Vergewaltigung ausgeweitet. Der Tatbestand ist nun geschlechtsneutral formuliert und umfasst nicht nur den Geschlechtsverkehr, sondern auch geschlechtsverkehrsähnliche Handlungen. Zudem wurden neue Tatbestände geschaffen, wie beispielsweise zur sogenannten Rachepornografie, Strafrahmen wurden harmonisiert und neue Tatbestandsvarianten bei der sexuellen Belästigung wurden aufgenommen. Wer sich einer sexuellen Belästigung schuldig macht, kann von nun an zum Besuch eines Lehrprogramms verpflichtet werden.

Während diese Änderungen in der Kompetenz des Bundesgesetzgebers lagen, sind die Kantone für die Organisation und Durchführung der Strafverfolgung zuständig. Dementsprechend haben die Kantone eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Sexualstrafrechtsreform.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Konsequenzen ergeben sich aus der Revision des Sexualstrafrechts für die Behörden im Kanton St.Gallen? Wie ist der Stand der Umsetzung?
2. Wann, in welchem Rahmen und in welcher Form werden die Mitarbeitenden der Polizei, der Staatsanwaltschaft und der Gerichte über die Revision des Sexualstrafrechts geschult?
3. Wie werden die Prozesse bei Polizei und Staatsanwaltschaft angepasst, um Delikte gegen die sexuelle Integrität (beispielsweise in Einvernahmen) im Sinne der Revision zu optimieren?
4. Wie setzen die Staatsanwaltschaft und die Polizei die technischen Möglichkeiten, wie Videoaufzeichnungen und -übertragungen, ein, um die Opfer vor Mehrfachaussagen zu entlasten?
5. Stehen die im neuen Recht vorgesehenen Lehrprogramme für Delinquenten zur Verfügung?»

4. Juni 2024

SP-GRÜNE-GLP-Fraktion